



HESSISCHER LANDTAG

02. 02. 2021

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Mobiles Arbeiten als Chance – Landesverwaltung muss Vorbild sein

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass mobiles Arbeiten während der Corona-Pandemie einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Infektionsrisiken am Arbeitsplatz leistet. Seit Beginn der Pandemie haben viele Berufstätige ihre Tätigkeit vom Büro nach Hause verlegt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Hessen haben dabei schnell und kreativ auf diese herausfordernde Situation reagiert. Vielfach wurden mit großen Anstrengungen neue Möglichkeiten aufgetan, um zeitlich wie örtlich flexibel zu arbeiten. Gerade angesichts der aktuellen Infektionslage sind weitere Anstrengungen nötig. Mobiles Arbeiten muss ermöglicht werden, wo immer es betrieblich machbar ist.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und während der Corona-Pandemie das mobile Arbeiten in der Landesverwaltung pragmatisch auszuweiten. Mobiles Arbeiten erlaubt es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ihre Leistung ortsunabhängig mit mobilen Endgeräten zu erbringen. In der aktuellen Situation sollten möglichst viele Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter befähigt werden, ihre Tätigkeit vollwertig von zu Hause aus auszuführen. Dafür sind eine entsprechende technische Ausstattung, ein sicherer Zugriff auf interne Netze sowie ein vollständig digitaler Zugriff auf Dokumente und Fachverfahren notwendig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen zudem klare und verlässliche Informationen über die Rahmenbedingung, die für das Arbeiten von zu Hause gelten.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bereits jetzt nachhaltige Regelungen für die Zeit nach der Pandemie zu erarbeiten. Die Erfahrungen während der Krise haben gezeigt, dass mobiles Arbeiten eine enorme Chance bietet, die Arbeit in der Landesverwaltung digitaler, agiler und nutzerorientierter zu gestalten. Viele Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter haben den Wunsch, auch über das Ende der Corona-Pandemie hinaus vermehrt im Homeoffice zu arbeiten und damit mehr Zeitsouveränität zu erhalten. Gleichzeitig steigt die Nachfrage der Bürgerinnen und Bürger nach digitalen Verwaltungsleistungen. Die pandemiebedingten Flexibilisierungen müssen daher fortlaufend evaluiert und weiterentwickelt, die Möglichkeit des ortsunabhängigen Arbeitens verstetigt werden. Zu erwägen sind insbesondere Dienstvereinbarungen zum mobilen Arbeiten, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine örtlich und zeitlich flexible Arbeitsgestaltung unter Wahrung des Arbeitsschutzes ermöglichen, sowie eine Ausweitung der Telearbeit. Um eine langfristig höhere Homeoffice-Quote zu ermöglichen, sind zudem weitere Investitionen in die Netz- und IT-Infrastruktur der Verwaltung, eine konsequente Umsetzung der internen Verwaltungsdigitalisierung sowie die Etablierung einer agilen Führungs- statt einer Präsenzkultur notwendig.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die Schaffung eines modernen Rechtsrahmens für unbürokratisches mobiles Arbeiten einzusetzen, damit mehr Unternehmen mobiles Arbeiten rechtssicher umsetzen können. Die aktuelle Home-Office-Verordnung der Bundesregierung ist unzureichend und führt zu mehr Bürokratie statt zu mehr mobilem Arbeiten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Februar 2021

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock